

»Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.« (Karl Marx)

WAFFENDERKRITIK

Marxistisches Flugblatt für Studierende und Beschäftigte an der Uni

Nr. 4 9. Juli 2012

Ihre Interessen und unsere

Hunderte Studierende protestieren an der FU Berlin (gegen die neue Prüfungsordnung) und an der Uni Potsdam (gegen Schließungen von Fakultäten). Der Tenor der Protestierenden ist in beiden Fällen deutlich: Wir müssen mit den Machthabenden – also mit dem Präsidium bzw. mit der Regierung – in einen Dialog treten, um unsere Interessen zu artikulieren.

Dieser Tenor geht davon aus, dass das Präsidium bzw. die Regierung die Aufgabe hat, unsere Interessen umzusetzen. Doch in der kapitalistischen Gesellschaft dient die staatliche Bürokratie denen, die in dieser Gesellschaft die Macht haben: den Produktionsmittelbesitzenden (den Kapitalist*innen). Das Bildungssystem ist an ihren Bedürfnissen orientiert. Dies kommt auch in den „Reformplänen“ an der FU und der Uni Potsdam zum Ausdruck: Der Leistungsdruck soll erhöht und die staatlichen Ausgaben für Bildung insgesamt gesenkt werden.

Die Machthabenden haben Interessen, die unseren Bildungs-Interessen entgegengesetzt sind.

Trotzdem hieß es auf der Demo gegen Fakultätsschließungen in Potsdam, die Schließungen wären „gegen die Interessen des Landes Brandenburg.“ Doch die Regierung handelt durchaus im Sinne derjenigen, deren Macht das Land Brandenburg bestimmt – sonst würden sich diese eine neue Regierung besorgen! Es geht zwar tatsächlich gegen die Interessen der Mehrheit der Menschen, die im Land Brandenburg leben, arbeiten, studieren usw., aber um sie geht es in der bürgerlichen Gesellschaft auch nicht.

Nach jeder studentischen Protestwelle geht eine neue Schicht von Aktivist*innen in die universitären Gremien hinein, um dort für die Interessen der Studis zu kämpfen. Sie streiten – mit viel Engagement und Geduld – Monate und Jahre um einzelne Formulierungen in den Studien-



ordnungen, um die schlimmsten Angriffe auf die Studierenden abzumildern. Doch das Problem bleibt, dass die Professor*innen (stellvertretend für Ideologie und Staat der herrschenden Klasse) im Bildungssystem das Sagen behalten. Ihnen wird die absolute Mehrheit im akademischen Senat garantiert, während tausende Studierende nur einen Bruchteil des Stimmgewichts haben.

Die einzige Möglichkeit für Studierende liegt darin, sich in eigenen Strukturen zu organisieren und zu kämpfen. Studierende können ihre Mehrheit nur zur Geltung bringen, in dem sie streiken und blockieren, d.h. die Universität lahmlegen. Nur dann werden studentische Forderungen überhaupt erst angehört.

Wir haben Interessen, die den Interessen der (meisten) Profs, des (gesamten) Präsidiums und vor allem der herrschenden Klasse entgegengesetzt sind. Jeder Erfolg für uns ist ein Misserfolg für sie – und umgekehrt. Wenn wir uns auf die Argumentation einlassen, dass wir eine Lösung „im Sinne des Landes“ wollen, dann haben wir schon verloren, weil es sich um ihr Land und ihre Interessen handelt. Wenn wir uns auf Verhandlungen einlassen, dann aus einer Position der Stärke der Mobilisierungen heraus, durch die wir ihnen unsere Interessen aufzwingen können.

Damit unser Protest erfolgreich sein kann, müssen wir anerkennen, dass wir gemeinsame Interessen haben mit direkt oder indirekt lohnabhängigen Menschen in Schule, Ausbildung, Arbeit oder Arbeitslosigkeit. Sie werden im Sinne der gleichen Interessen der herrschenden Klasse angegriffen, wie wir. Wir dürfen die Universität nicht als von der Arbeitswelt getrennt betrachten. Das bedeutet an der Uni konkret die solidarische Praxis und gemeinsame Streiks zwischen Arbeitenden und Studierenden, angefangen bei den Uni-Beschäftigten in der Mensa, Reinigung und co.



Verfassungsschutz bleibt sich treu

Der Verfassungsschutz hat beim „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) versagt, so die bürgerlichen Medien. Als der NSU aufflog, habe der VS wichtige Akten geschreddert. Doch ist „versagen“ wirklich das richtige Wort dafür?

Können Akten aus versehen aufgesucht und geschreddert werden? Es erscheint eher als weitere bewusste Unterstützung des NSU. Wenn die Verfassungsschützer*innen bewusst den Skandal geschredderter Akten riskieren, was stand dann in diesen Akten, das noch schlimmer hätte sein können?

Tatsächlich bekommt der ganze „Skandal“ unter Betrachtung weitergehender Fakten einen systemischen Charakter:

Gerade ist doch der Prozess gegen die ex-RAF-Kämpferin Bäcker zu Ende gegangen: Der erschossene BRD-Generalbundesanwalt Buback hatte wie sein ebenfalls erschossener Kollege Schleyer (CDU) tiefbraune Wurzeln. Buback beschleunigte seine Karriere mit einem NSDAP-Beitritt. Schleyer (in der BRD Präsident von BDI und BDA) war vor '45 im „Zentralverband der Industrie für Böhmen und Mähren“ in höchsten Stellen für die „Arisierung“ der tschechischen Wirtschaft zuständig.

Andere Länder, gleiche Sitten: Die Polizei Athens hat zuletzt in der überwiegenden Mehrheit die Faschist*innen von Chrysi Avgi gewählt. Während des französischen Mai '68 hat der bürgerliche Staatsapparat die Namen und Adressen von tausenden linken Aktivist*innen an militante, rechtsradikale Organisationen weitergegeben. In Spanien wurde vor kurzem der bedeutende Richter B. Garzón suspendiert, als er seinen Beitrag zur Aufklärung des Franco-Faschismus leisten wollte.

Wir sind nicht schockiert über die vermeintlichen „Fehler“ des VS. Antifaschismus ist das letzte, das wir von einem bürgerlich-kapitalistischen Staat erwarten.

Herausgegeben von

RI0 und unabhängigen Studierenden

VSdP: R. Müller, Hamburg

WAFFENDERKRITIK.WORDPRESS.COM

ABC des Marxismus

E wie Eigentum

Die Geschichte des Privateigentums ist die Geschichte der Ausbeutung und Unterdrückung. Doch es geht nicht um die Geschichte irgendeines Privateigentums; es geht um jenes an den Produktionsmitteln.

Mit Aufkommen der Viehzucht, unter Verwaltung der Männer, begann das Ende des Matriarchats und damit die Unterdrückung der Frau. Es entstand Sklavenarbeit, später die mittelalterliche Fronarbeit und heute die bürgerliche Lohnarbeit. Diejenigen, die die Produktionsmittel besaßen, beuteten jene aus, die keine hatten. Dieses Verhältnis ist heute das von Bourgeoisie und Proletariat.

Es ist keine offensichtlich auf Gewalt basierende Ausbeutung mehr, sie wirkt mehr wie ein freiwilliges Miteinander. Doch dadurch, dass das Proletariat keine Produktionsmittel besitzt, ist es gezwungen, die einzige Ware zu verkaufen, die es hat: seine Arbeitskraft. Diese Arbeitskraft erzeugt mehr Wert, als ein*e Kapitalist*in für sie bezahlen muss. Dieser Mehrwert des*r Unternehmers*in, produziert vom*von der Arbeiter*in, ist sein*ihr Profit. Arbeiter*innen erhalten für ihre Arbeit also weniger, als dieser Wert ist. In Zeiten der Zuspitzung des Klassenkampfes wird deutlich, dass das scheinbar gewaltfreie Verhältnis beider Klassen doch nur

eine Illusion ist: Wenn Polizist*innen versuchen, Streiks aufzulösen oder besetzte Betriebe zu räumen. Die durch den Profitzwang des Kapitals erzeugten Wirtschaftskrisen werden immer zulasten der Arbeiter*innenklasse versucht zu bekämpfen. Folgen sind unter anderem sinkende Löhne und Kürzungen im Sozialsystem. Das Proletariat zeigt mit Streiks und Demonstrationen immer wieder, dass es kein Interesse am Fortbestehen dieser Ausbeutung hat. Um diese zu Überwinden, muss es die Produktionsmittel der Bourgeoisie enteignen und die Wirtschaft unter seine eigene demokratische Kontrolle stellen.



Klassenkampf auf Spanisch

In Asturien haben sich sieben Minenarbeiter*innen in ihrem Bergwerk eingeschlossen und wollen nicht raus kommen, bis ihre Forderungen erfüllt sind. Im Juni wurde ein Generalstreik organisiert und es gibt einen Marsch der Minenarbeiter*innen von der Region Asturien, ganz im Norden des Spanischen Staates, nach Madrid. Sie wehren sich seit fast 2 Monaten dagegen, dass die Subventionen um mehr als die Hälfte gekürzt wurden, gegen die Pläne der Regierung den Bergbau in der Region in 6 Jahren komplett zu schließen und gegen die anstehende Entlassung von 8000 Arbeiter*innen. Die massive Repression der Regierung beantworteten die Minenarbeiter*innen mit angemessen massiver Gegenwehr von täglichen Blockaden bis zum Einsatz von selbstgebastelten Dynamitwerfern.

Das Vorgehen der Regierung ist Teil der allgemeinen Kürzungspläne. Der Haushalt soll in Ordnung gebracht und die spanische Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig werden. Beides hat in den letzten 10 Jahren gelitten, denn die spanische Wirtschaft hat viel mehr Waren (vor allem aus Deutschland) importiert als exportiert und der Spanische Staat musste viel Geld ausgeben um seine Banken zu retten. Jetzt kommt noch die auf europäischer Ebene beschlossene „Schuldenbremse“ als Teil des Fiskalpaktes dazu.

Die Zukunft der Minenarbeiter*innen hat Auswirkungen auf die Arbeitsplätze und Lebensbedingungen der Arbeiter*innen und Unterdrückten in der ganzen Region. In Folge der Kürzungspläne der Regierung droht eine massive Verarmung, dabei waren z.B. schon vor den Kürzungen die Hälfte aller Jugendlichen ohne Arbeit. Die Ausgebeuteten und Unterdrückten können ihre Interessen daher nur gegen den Willen und die Interessen der spanischen Regierung und der europäischen Kapitalist*innen durchsetzen. Würden sie die Wirtschaft kontrollieren, könnten sie die Produktion und Dienstleistungen nach ihren Bedürfnissen ausrichten.

WAFFENDERKRITIK wird auf offenen Treffen erarbeitet. Zum Beispiel auf der Universität Potsdam: Jeden Montag, 16:00 Uhr, Raum 3.06.S16. ✉ waffenderkritik@riseup.net

Solidarität praktisch machen!

Seit Jahren schreitet die Verelendung der Massen in Griechenland voran. Die Löhne sind um 50% gefallen, fast eine halbe Million Lohnabhängige wurden auf die Straße gesetzt. Die Obdachlosigkeit ist rasant angestiegen, immer mehr staatliches Eigentum wird privatisiert. Medikamente sind nur noch gegen Bargeld zu bekommen und die Krankenversicherung ist nichts mehr Wert.

Seit Jahren leisten tausende Arbeiter*innen und Jugendliche Widerstand auf den Straßen und in den Betrieben. Ihre Demonstrationen gegen die Verelendung der lohnabhängigen Bevölkerung und gegen den Raub ihrer Zukunft, wie die Bewegung der Platzbesetzungen, erschüttern das Europa des Kapitals. Ihre stärkste Waffe sind die Streiks gegen krasse Lohndrückerei, Entlassungen und Betriebsschließungen. Es kommt sogar zu Besetzungen von Betrieben und deren Weiterbetrieb unter Arbeiter*innenkontrolle, so zum Beispiel in einem Krankenhaus in Kilkis.

Diesen mutigen Widerstand müssen wir nach Kräften unterstützen! Die Kosten der kapitalistischen Krise dürfen nicht unseresgleichen aufgedrückt werden! Die andauernden heftigen Angriffe auf die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen, der Jugend und der armen Massen, kommen maßgeblich von den Vertreter*innen des deutschen Kapitals, aus Berlin. Längst überfällig ist eine solidarische Bewegung hierzulande, die sich aktiv gegen den deutschen Imperialismus, das Spardiktat als dessen Politik und die chauvinistische Hetze als dessen Propaganda wendet!

Deshalb haben endlich verschiedene linke Gruppen das Griechenland-Solidaritätskomitee gegründet und fordern alle Gruppen und Einzelpersonen auf, daran teilzunehmen. Kommt am Dienstag, dem 10. Juli, zu unserem Plenum der „AG Konkretes“ und bringt so viele Leute mit, wie Ihr könnt! Solidarität ist eine Waffe! Verteilung wir uns!



GRIECHENLAND SOLIDARITÄTS-KOMITEE

„AK Konkretes“ - Dienstag - 10. Juli - 19:00 Uhr!
Café Commune - Reichenberger Straße 157 - U-Bhf Kottbusser Tor

Herausgegeben von
R10 und unabhängigen Studierenden

WAFFENDERKRITIK.WORDPRESS.COM

ViSdP: R. Müller, Hamburg